



Traditionelles Heringessen am Ascher- mittwoch

mit dem Vorsitzenden
der CDU-Fraktion der
Griesheimer Stadt-
verordnetenversammlung
Bernd Widmaier

in der Gaststätte
„Zum grünen Laub“
(Zöllerhannes)
Schaafgasse 2

**am 5. März 2014,
ab 18.00 Uhr**

CDU STADTVERBAND
GRIESHEIM



Neujahrsempfang Im Rahmen des diesjährigen Neujahrsempfang konnten wieder langjährige CDU-Mitglieder geehrt werden. Für ihre 25-jährige Mitgliedschaft wurden Heiko Dassow und Andreas Ostrowski ausgezeichnet. Paul Ostrowski und Gernot Weigel gehören der Partei 30 Jahre an. Für ihre 40-jährige Zugehörigkeit wurden Benedikt Bayer, Elisabeth Gromes, Friedrich Heger, Irmgard Hertkorn, Michael Kelnhofer, Jakob Klos, Walburga Rogler, Martha Schmalz, Konrad Teufel und Gerhard Trieschmann geehrt. Auf eine 50-jährige Parteizugehörigkeit können Dr. Reinhard Andrae, Eva Milde und Paul Pertschy zurückblicken.

Auf dem Bild von links: Andreas Loring, Hans Georg Hertkorn (für Irmgard Hertkorn), Martins Cifersons, Andreas Ostrowski, Eva Milde, Friedrich Heger, Kerstin Milde, Gernot Weigel, Martha Schmalz, Michael Kelnhofer, Elisabeth Gromes, Dr. Reinhard Andrae und Paul Pertschy

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Griesheim, liebe Leserinnen und Leser,

nach teilweise langwierigen und schwierigen Verhandlungen stehen nun die Regierungskoalitionen in Bund und Land fest. Wir hatten dazu ja bereits auf unserem Neujahrsempfang die Gelegenheit, uns vom hessischen Finanzminister Dr. Thomas Schäfer über die Chancen und Aufgaben des neuen Regierungsbündnisses in Hessen informieren zu lassen. Generell kann man wohl feststellen, dass Koalitionen die Eigenschaft aller Beteiligten voraussetzen, Rücksicht auf die Wünsche und Befindlichkeiten der Partner nehmen zu können, und so musste auch die CDU trotz der guten Wahlergebnisse einige – aus meiner Sicht – schmerzhaft Kompromisse eingehen. Immerhin haben



wir im Deutschland wie auch in Hessen mit Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Bouffier bewährte Regierungschefs, die mit stabilen Mehrheitsverhältnissen in den jeweiligen Parlamenten arbeiten können.

Im Gegensatz zum Bund und zum Land befindet sich die CDU in Griesheim leider in der Opposition. Hier können wir nur sehr begrenzt gestalten; unsere Aufgabe besteht in erster Linie darin, auf Missstände aufmerksam zu machen und Abhilfe zu fordern bzw. Alternativen aufzuzeigen. Es ist bedauerlich feststellen zu müssen, dass die Liste dieser Missstände recht lang ist. Sie reicht von einem erneut defizitären Haushaltsplan mit einer unnötigen und falschen Straßenbeitragsatzung über eine unzureichende Wirtschaftsförderung bis hin zu einer Stadtplanung, die ihren Namen nicht verdient. In diesen und vielen weiteren Punkten wird die CDU Griesheim wachsam bleiben und versuchen, im Sinne der positiven Entwicklung unserer Stadt Einfluss zu nehmen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch auf unser traditionelles Heringessen am Aschermittwoch hinweisen. Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie in der lokalen Presse, aber auch in diesem CDU-Marktblatt, mit dem ich Ihnen eine informative Lektüre wünsche!

Ich grüße Sie herzlich

Andreas Loring

Vorsitzender der CDU Griesheim

CDU Griesheim lehnt Haushalt 2014 und Steuererhöhungen ab

Finanzlage wird bewusst schlecht gerechnet, um höhere Abgaben durchzusetzen.

Der Haushalt für das Jahr 2014 schließt wiederum mit einem Defizit von rund 2,5 Mio. € ab. Fast ist man versucht zu sagen „Nichts Neues aus dem Rathaus“. Die CDU-Fraktion stellt sich die Frage, warum das Parlament immer mit Haushalten beschäftigt wird, die einen Fehlbetrag in Millionenhöhe ausweisen, der sich am Ende wieder in Luft auflöst.

So war beim Haushalt 2012 ein Minus von 4.368.783 Euro geplant, und der Abschluss liegt bei einem Plus von 3.792.676 Euro. Eine Differenz von 8.161.459 Euro!!!! Zugegeben, es gab Sondereffekte in Höhe von 3,3 Mio Gewerbesteuer. Rechnet man diesen Effekt raus, ist immer noch ein deutliches Plus vorhanden.

Werden die Ansätze bewusst zu hoch angesetzt, um dem Parlament vorzuführen, dass es seine Aufgaben der Kontrolle nicht ordnungsgemäß erfüllt oder soll die Bürgermeisterin als die Retterin vorgeführt werden, die es schafft, dieses Defizit immer wieder auszugleichen. Die Stadtverordnetenversammlung hat eine Kontrollaufgabe, nicht die Aufgabe den Haushaltsplan zu erstellen. Das Parlament Griesheims, kann diese Detailarbeit nicht erbringen. Es ist darauf angewiesen, dass die Verwaltung, und hier besonders die Bürgermeisterin, Zahlen vorlegt, die so sparsam als möglich kalkuliert sind.

Gesagt wird uns das immer wieder! Auch dieses Mal! Es scheint in den vergangenen Haushalten aber nicht der Fall gewesen zu sein. So wird nach Aussage von Frau Winter auch der Haushalt 2013 wohl wieder mit einem Plus abschneiden. Und was ist mit dem 2014er Haushalt?

Wie kann es immer wieder erreicht werden, dass Haushaltssperren von bis zu 10% mühelos überfüllt werden können. Anträge diese Einsparungen von vornherein einzukalkulieren, und den Haushalt somit von Anfang an ausgeglichen zu gestalten, werden aber immer wieder durch die SPD abge-

lehnt. Und gestaltet man den Haushalt ausgeglichen, ist auch der Griff in die Taschen der Einwohnerinnen und Einwohner nicht mehr erforderlich. Ein Griff, der Geld in die Kassen der Stadt spült.

Es ist auch für die CDU-Fraktion bedenklich, wie Bund und Land ihre Haushalte zu Las-



ten der Kommunen sanieren. Aber umso mehr bedenklich ist die Aussage der SPD-Fraktion, dass Griesheim kein Ausgaben sondern ein Einnahmenproblem habe (Aussage von Frau Zimmermann bei der Haushaltseinbringung).

Hunderte von Bürgerinnen und Bürgern in Griesheim haben dieses Problem auch! Nur können die Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfänger, Sozialhilfeempfänger, Rentner und auch ganz normale Arbeiter und Angestellte nicht einfach ihre Einnahmen erhöhen. Und all diesen Personen greift man nun in die Tasche, direkt und auch indirekt.

Die Erhöhung der Grundsteuer B belastet jeden Einwohner in Griesheim, denn die Grundsteuer zahlt zwar der Grundeigentümer, ist das Objekt aber vermietet, wird die Grundsteuer über die Nebenkosten umgelegt. Somit zahlt jeder mit, ob Groß- oder Kleinver-

diener! Die Grundsteuer A belastet im ersten Moment augenscheinlich nur die Landwirte, die diese Flächen für ihren Gemüseanbau verwenden. Aber am Ende wird die höhere Steuer auf die Preise umgelegt werden. Also trifft es wieder alle Einwohner.

Die Bürgermeisterin hat für die kommenden Jahre eine sparsame Ausgabenpolitik angekündigt. So etwas würden wir gerne mittragen. Aber wo zeigt sich der Sparwille? In diesem Haushalt ist keiner zu erkennen. Sparen fängt im Kleinen an. Aber es zeigt sich deutlich, dass ein Sparwille nicht vorhanden ist.

So auch beim Haus Waldeck, wo man nicht in der Lage ist, auch nur ein Prozent im neu-

en Haushaltsplan einzusparen. Bei einem Volumen von 5.627.000 Euro ist man nicht in der Lage 57.000 Euro einzusparen? Stattdessen begibt man sich in neue Abenteuer mit Catering für fremde Einrichtungen. Ganz zu schweigen von den erforderlichen Investitionen, die dafür nötig sind. Vorhandene Kapazitäten nutzen wäre sinnvoll, Erweiterungen in einem Sektor der nicht zum eigentlichen Geschäftszweck gehört ist Geldverschwendung!

Da es keine erkennbaren Einsparungen gibt, haben wir diesen Haushalt abgelehnt. Auch lehnen wir jeden weiteren Griff ins Portmonee der Bürger, also die Erhöhung der Grundsteuer, ab. Erst muss es klar erkennbare Sparanstrengungen geben. Sollte dann noch eine Finanzierungslücke bestehen, sind wir jederzeit zu Gesprächen bereit. Doch die sind auch für 2014 nicht zu erwarten.



CDU-Fraktion in Klausur In Kirchbrombach im Odenwald traf sich die komplette CDU-Fraktion zur Klausurtagung. Themenschwerpunkte der Klausur waren die Stellungnahme zum Haushalt 2014, das Positionieren zu verschiedenen Baugebieten und das Aufgreifen neuer Ansätze zu aktuellen Themen.

- Haushaltswahreit und Haushaltsklarheit sind nicht gegeben
- Hallenbad abgespeckt saniert und dann gefreut das man die Kosten für die große Sanierung ausgegeben hat.
- Freibad Sanierung aufgeschoben, bald Zustände wie in Pfungstadt?
- Gewerbeförderung, Arbeitsplätze schaffen/erhalten.



Vorstandswahlen im Stadtverband Die Mitglieder der CDU Griesheim haben am 8. November den neuen Vorstand des Stadtverbands gewählt. Als Vorsitzender wurde Andreas Loring im Amt bestätigt. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden Kerstin Milde und Martins Cifersons wurden im Amt bestätigt. Der bisherige Schatzmeister Andreas Ostrowski schied dagegen aus dem Vorstand aus. Sein Amt übernimmt Martins Cifersons. Auch der bisherige Schriftführer, Dominik Krestan, übergab sein Amt an Evelin Spyra. Neue Beisitzer sind Gottfried Milde (jun.), Sabine Sauthoff und Bernd Schäfer. Weiterhin arbeiten im Vorstand mit Hagen Novotny, Klaus Rinecker, Bernd Widmaier und Stefan Freischlad. Andreas Loring bedankte sich bei Andreas Ostrowski und Dominik Krestan für die langjährige Mitarbeit im Stadtverband.



Liebe Griesheimerinnen und Griesheimer,

mit der Bundestagswahl im September 2013 bin ich für den Wahlkreis 186 in den Bundestag eingezogen. Ich bin damit auch der Abgeordnete für die Griesheimer Bürgerinnen und Bürger. An dieser Stelle möchte ich mich bei dem Vorsitzenden der CDU Griesheim und seinem Team für seine Unterstützung im Wahlkampf bedanken.

Meine Lebenserfahrung in vielen Bereichen möchte ich der Politik und den Bürgern zur Verfügung stellen. Gerne bin ich Ihr Ansprechpartner, wenn Ihnen bei Griesheimer Themen „der Schuh drückt“.

Die Große Koalition hat ihre Arbeit aufgenommen und ich bin zuversichtlich, dass diese zum Nutzen der Menschen in unserem Land arbeiten wird. Die CDU/CSU mit Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble wird darauf achten, dass wir weiterhin einen soliden Haushalt haben werden und keine unnötigen Steuererhöhungen. Das ist die Basis für gute Perspektiven für die Wirtschaft und damit für den Erhalt unserer Arbeitsplätze.

Im Bundestag bin ich Ordentliches Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen Wirtschaft und Energie sowie Auswärtiges.

Gerne können Sie sich selbst ein Bild von meiner Arbeit machen. Es werden politische Bildungsfahrten nach Berlin vom Bundespresseamt angeboten. Die Plätze sind aber stark kontingentiert. Fahrtkostenzuschüsse etwa für Bildungsfahrten von Schülern und Jugendgruppen werden unter bestimmten Voraussetzungen gewährt.

Auskünfte hierzu kann Ihnen gerne die Leiterin meines Wahlkreisbüros, Frau Jessika Tips, geben. Sie ist zu erreichen unter der Telefonnummer: 061 67 – 269 01 28 oder per Mail: Charles.Huber.ma05@bundestag.de

Ihr Charles M. Huber
Bundestagsabgeordneter

Arbeitnehmerfreizügigkeit erhalten, Sozialtourismus verhindern

von Michael Gahler, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Vorbereitungen zur Europawahl sind im vollen Gang: Am 8. Februar werden wir die hessische CDU-Landesliste zur Europawahl verabschieden. Zeitgleich wird auf Bundesebene das Europawahlprogramm vorgestellt.

Wenn man die europäische Debatte der letzten Wochen verfolgt, betreffend die sogenannte Armutseinwanderung, bekommt man das Gefühl, dass wir bereits mitten im Wahlkampf sind. Die konservative Regierung Großbritanniens führt die Diskussion unter dem Thema „Sozialstaatourismus“ und schlägt vor, Obergrenzen für den Zuzug von EU-Bürgern einzuführen. Einige belgische Gemeinden sind bereits zur Tat geschritten und haben „blaue Briefe“ an sozialhilfeempfangende EU-Bürger verschickt, ihre Aufenthaltsgenehmigungen eingezogen und die Ausreise aus Belgien angeordnet..

Bei der aktuellen Debatte um die Armutsmigration in Europa steht die europaweite Freizügigkeit in der Kritik – also die Möglichkeit, an einem beliebigen Ort in der Europäischen Union zu leben, zu arbeiten oder zu studieren. Entstanden ist die jüngste Diskussi-

on mit dem Beginn der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren, die nach 7-jähriger Übergangszeit zu Beginn des Jahres in Kraft trat

In der Sache ist die Rechtslage klar, auch die Faktenlage wird in breitem parteipolitischen Konsens nicht bestritten. Unterschiedliche Zungenschläge kommen auf, wenn man das Thema von der einen oder anderen Seite aufzäumt, also entweder mit problematischen Fällen in einigen Kommunen beginnt oder mit den Gesamtzahlen und Fakten. Ich ziehe es bei sensiblen Themen vor, mit den Fakten zu beginnen. In der EU gibt es Freizügigkeit für Arbeitnehmer, nicht für Arbeitslose. Wer Arbeit sucht, kann dies drei Monate tun, bekommt in dieser Zeit aber keine Leistungen vom Staat. Danach hat er entweder eine Arbeit und zahlt in die Systeme ein oder hat die Verpflichtung, das Land zu verlassen. Das muss man vor Ort nur durchsetzen, was für die zuständigen Behörden gelegentlich unbequem ist.

Die EU verlangt auch nicht, jedem einen Gewerbeschein auszustellen, auch wenn ihm die Scheinselbstständigkeit quasi ins Gesicht

geschrieben steht. Europaweit ist auch nicht vorgeschrieben, einen Gewerbeschein ohne Prüfung einer gewissen Plausibilität der Fähigkeit selbstständiger unternehmerischer Tätigkeit auszustellen. Gegen Scheinselbstständigkeit ist kein Staat hilflos.

Auch hier können wir die gängige deutsche Praxis ändern. Die problematischen Fälle aus EU-Ländern, die keiner Tätigkeit nachgehen, nie in die Sozialversicherungssysteme eingezahlt haben oder scheinselfständig sind, können wir vollkommen EU-konform abschieben. Das hilft betroffenen Kommunen am ehesten. Derzeit leben etwa 119.000 Bulgaren und 205.000 Rumänen in Deutschland. 55% davon hatten

2010 einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. Die Arbeitslosenquote lag mit 7,5% deutlich unter anderen Ausländern, 10% nahmen Sozialleistungen in Anspruch. Ich gehe davon aus, dass der übergroße Teil derer, die jetzt zu uns kommen, sich um einen regulären Arbeitsplatz bewerben und teilweise damit einen bestehenden Fachkräftemangel ausgleichen. Und mit den anderen kann man wie dargelegt verfahren.



Ehrenbrief Für seine vieljährige ehrenamtliche Tätigkeit in der Kommunal- und Kreispolitik wurde Gottfried Milde mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet. Der Hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer würdigte in einer kleinen Feierstunde das zwanzigjährige kommunalpolitische Engagement von Gottfried Milde.

CDU-Fraktionsvorsitzende Bernd Widmaier, CDU Stadtverbandsvorsitzende Andreas Loring, Stadtverordnetenvorsteher Bertfried Klanitz (SPD), Bürgermeisterin Gabriele Winter (SPD) sowie der Kreisvorsitzende und neue Generalsekretär Manfred Penz überbrachten Grußworte.



Generalsekretär Der neue Generalsekretär der CDU Hessen Manfred Penz „freut sich auf seine Aufgabe und sieht ihr mit Tatendrang und Zuversicht entgegen.“ Als erste große Aufgabe steht die „Europawahl“ an. Die CDU ist die kompetent und verlässlich wir werben um das Vertrauen der Menschen. Unter dem Motto ‚Starkes Hessen. Modernes Europa‘ stehen wir auch künftig für eine durchsetzungsstarke Politik in Europa für Hessen.“